



# ERWARTUNGEN DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES AN DIE BUNDESPOLITIK IN DER NEUEN LEGISLATURPERIODE

Trotz der vielen Krisen in Europa und in der Welt ist Deutschland bisher überaus erfolgreich. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist gering, der Flüchtlingsstrom wurde reduziert, die Sicherheitsanstrengungen von Bund und Ländern werden erhöht.

Diese Erfolge sind kein selbstverständlicher Dauerzustand. Im Hinblick auf den zunehmenden amerikanischen Protektionismus, die wachsenden nationalistischen Strömungen in Europa, den Brexit, die anhaltenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und damit verbundene Flüchtlingsbewegungen nach Europa, die Herausforderungen von Digitalisierung, Globalisierung und dem demografischen Wandel muss Deutschland weiter modernisiert, digitalisiert und zukunftsfest sozial gestaltet werden.

# 1

## FLÜCHTLINGSPOLITIK

- Politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz gewähren
- Europäisches Asylrecht schaffen, faire Lastenverteilung ermöglichen
- EU-Außengrenzen sichern, Innengrenzen bewachen
- Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben
- Herkunftsländer von Wirtschaftsflüchtlingen in die Pflicht nehmen
- Integration nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ auch mit neuen Modellen weiterentwickeln
- Wirtschaft mehr in die Verantwortung nehmen
- Integrationskosten dauerhaft finanzieren
- **Überforderungen von Staat und Kommunen ausschließen**



# 2

## INNERE SICHERHEIT

- Polizeipräsenz auch in der Fläche ausbauen
- Schutz vor Alltagskriminalität verbessern, Sicherheitsgefühl erhöhen
- Kommunale Kompetenzen bei der Videoüberwachung ausweiten
- Justiz personell und fachlich ertüchtigen
- Effektiven Schutz von Kommunalpolitikern vor Hasskriminalität etablieren



## 3 SOZIALSTAAT REFORMIEREN

- Sozialgesetze vereinfachen, Bürokratie abbauen
- Mehr Eigenverantwortung vom Vaterstaat zum Bürgerstaat vorsehen
- Neue Arbeits- und Lebensarbeitszeitmodelle erproben
- Flächendeckende Kinderbetreuung sicherstellen und dauerhaft mitfinanzieren



## 4 FINANZKRAFT DER KOMMUNEN

- Finanzautonomie der Kommunen stärken (Gewerbsteuer sichern und ausbauen, Gewerbesteuerumlage absenken, Umsatzsteuerbeteiligung der Kommunen erhöhen)
- Dauerhafter kommunaler Investitionsfonds
- Altschuldenproblematik lösen
- Grundsteuerreform umsetzen



## 5 LÄNDLICHER RAUM

- Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes nachhaltig sichern
- Gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten, flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen
- GAK fortentwickeln; Bürokratie bei Förderprogrammen abbauen
- Kooperationen fördern
- Innovationsräume schaffen



## 6 NACHHALTIGE INVESTITIONSOFFENSIVE

- Investitionen in Infrastruktur und Bildung dauerhaft vorantreiben
- Flächendeckendes leistungsfähiges Breitbandnetz auf Glasfaserbasis etablieren



## DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

- Rechtsrahmen für Digitalisierung schaffen
- Digitalisierung in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung vorantreiben
- Bürokratieabbau beschleunigen
- Modellprojekte von Telemedizin bis Quartiersmanagement ermöglichen
- Digitale Bildung ausbauen
- Online-Zugänge verbessern



# 8

## WOHNUNGSBAU & STADTENTWICKLUNG

- Schneller, preiswerter, schöner bauen
- Standards reduzieren
- Baulandmobilisierung fördern
- Innenstädte & Ortskerne stärken
- Bestand stärken und aktivieren



# 9

## VERKEHRS- & ENERGIEWENDE

- Elektromobilität vorantreiben
- Umweltbelastungen (z. B. Feinstaubbelastung) in den Städten reduzieren
- ÖPNV ausbauen
- Mobilitätsträger besser vernetzen
- Energie wettbewerblich gestalten, Akteursvielfalt stärken
- Kosten begrenzen, gleichmäßig verteilen
- Dezentrale Versorgung und Wertschöpfung ausbauen
- Konzessionsabgaben stärken



# 10

## STARKES EUROPA

- Integrationsprozess neu aufstellen
- Beteiligung der Kommunen an Gesetzgebungsverfahren ausbauen
- Entscheidungsbefugnisse des EU-Parlaments erweitern
- Bürgerinnen und Bürger mitnehmen
- Europäische Bürokratie reduzieren
- Subsidiaritätsprinzip beachten



Stand Juni 2017

